

Das braucht Bornheim! – Kommunalwahl-Programm 2014 der FDP Bornheim

Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Ziel liberaler Politik. Auch wenn wir in einer der freiesten Gesellschaften dieser Welt leben, bleibt der Einsatz für Freiheit doch stete Aufgabe und Herausforderung. Das wesentliche Ziel liberaler Kommunalpolitik ist es, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ein Höchstmaß an Möglichkeiten zur freien Entfaltung ihres Lebens zu geben. Städte und Gemeinden sind die Basis unseres Gemeinwesens.

Wir wollen eine Politik mit Herz und Verstand, bei der die Rechte und Freiheiten des Bürgers an erster Stelle stehen. Jeder Mensch soll faire Chancen haben, seine eigenen Talente und Ideen zu entfalten, von seiner eigenen Arbeit zu leben und nach seiner eigenen Vorstellung glücklich werden zu können - zu seinem eigenen Nutzen und zum Nutzen der Gesellschaft.

Wir bauen auf den mündigen Bürger. Die freie Bürgergesellschaft lebt von seiner individuellen Stärke, seiner Bereitschaft, Verantwortung für sich und seine Mitbürger zu übernehmen, seinem Engagement, alleine oder im freiwilligen Zusammenschluss mit anderen. Die Bürgergesellschaft entsteht vor Ort durch das Miteinander und Füreinander der Bürger. Vom Einsatz ehrenamtlich und gemeinnützig tätiger Menschen leben Gemeinschaften und Kommunen.

Liberaler Kommunalpolitik will dieses private Engagement und die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger nicht durch staatliches Handeln behindern oder gar verdrängen, sondern im Gegenteil ermutigen und fördern. Wo immer Menschen in Eigeninitiative tätig werden, finden sie unsere Unterstützung.

Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat, sondern die Tatkraft seiner Bürger macht eine Gesellschaft solidarisch, stark und lebenswert.

Um die Kräfte unserer Bürger zur Entfaltung zu bringen, bedarf es einer Politik, die besonnen die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Deshalb ist unsere Politik pragmatisch, bürgernah und lösungsorientiert.

Mehr Bürgerbeteiligung, bessere Unterstützung für Ehrenamt und Bürger

- Für die Stadtteile werden Ortsversammlungen eingerichtet, die vor Ort tagen und in lokalen Fragen Entscheidungsbefugnis haben. Sie ergänzen die Arbeit im Rat.
- Zu Beginn jeder Rats- und Ausschusssitzung soll es eine mündliche Fragestunde für Bürger geben. Die Möglichkeit, schriftliche Fragen zu stellen bleibt weiterhin bestehen.
- Jugendrat, Seniorenbeirat und Integrationsrat erhalten einen festen Ansprechpartner im Ratsbüro und aktive Hilfe bei der Gremienarbeit und Mitgliedergewinnung.

- Ein jährlicher „Jugend-Stadtrat“ soll in Anlehnung an den „Jugend-Landtag“ Schülerinnen und Schülern Einblick in die Kommunalpolitik geben. Darüber hinaus soll es ein kommunalpolitisches Schülerpraktikum geben.
- bornheim.de wird zu einer echten Bürger-Service-Seite umgebaut. Der Besuch dieser Seite soll die meisten Behördengänge ersetzen können, ein privater Betreiber könnte sich um einen News-, Kalender- und Service-Bereich kümmern. Darüber hinaus sollte die Stadt Bornheim auch in sozialen Netzwerken wie Facebook für ihre Bürger da sein. Außerdem soll es eine offizielle App der Stadt geben, über die Schäden an Straßen und Radwegen, der Straßenbeleuchtung, städtischen Gebäuden, schlechter Pflegezustand und Verschmutzung von Grünflächen etc. gemeldet werden können. Das Ratsinformationssystem muss weiter ausgebaut werden, Bürgerfreundlichkeit, Übersicht und verbesserte Suchfunktionen stehen hier im Vordergrund.
- Bürger, die einen Sparvorschlag machen, der umgesetzt wird und tatsächlich Geld spart oder Mehreinnahmen generiert, sollen eine Prämie für ihre Idee erhalten und im Rahmen des „Tags des Ehrenamts“ ausgezeichnet werden. Das Einbringen von Sparideen soll ganzjährig über eine Internetplattform sowie parallel über die Ortsvorsteher möglich sein.
- Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten darf keine Alibi-Veranstaltung sein: Zu jedem Projekt werden künftig auch Alternativen vorgestellt, damit die Bürger gezielt auswählen können. Alle Unterlagen werden im Internet übersichtlich aufbereitet. Bürgerversammlungen werden künftig von professionellen Moderatoren geleitet, damit die Vertreter der Stadt nicht gleichzeitig Prozesspartei und Moderator sein müssen. Bei Bedarf werden nach einer Bürgerversammlung außerdem vertiefende Beteiligungsformen eingesetzt (Werkstattgespräch, Bürgerforum Ortstermin etc.). Die durch die intensive Beteiligung notwendigen Kosten werden zum Beispiel durch eine geringere Zahl von Gerichtsverfahren ausgeglichen.
- Auch außerhalb von Bauleitverfahren sollen neue Beteiligungsformen erprobt werden. So ist beispielsweise die Spielplatzsituation oder der ÖPNV deutlich bürgernäher zu planen.
- Ein Open-Data-Portal macht den Datenfundus der Verwaltung für alle Bürger transparent. Alle Daten der Stadtverwaltung, die nicht zwingend nichtöffentlich sind, sollen den Bürgern zur Einsichtnahme und in maschinenlesbarer Form im Internet bereitstehen. Ein gelungenes Beispiel, an dem sich Bornheim orientieren sollte, ist die Gemeinde Moers. Dort werden zahlreiche Daten wie die Zugriffszahlen auf die städtische Internetseite, beliebte Vornamen in der Stadt, statistische Daten, Wahlergebnisse, Haushaltsdaten, Geo- und Infrastrukturdaten oder Angaben zu Kindergärten, Schulen und der Volkshochschule transparent veröffentlicht.

- In der Stadtverwaltung wird eine Stabsstelle „Bürgerbeteiligung“ eingerichtet. Die Stelle übernimmt das Beschwerdemanagement und dient als Schlichter bei Streitfällen zwischen Bürgern und Verwaltung und Koordinator bei Beteiligungsverfahren.
- Eine wissenschaftlich fundierte Bürgerbefragung (Zusammenarbeit mit der Universität Wuppertal nach dem Vorbild der Stadt Telgte) soll die Meinung der Bevölkerung zu verschiedenen strittigen Fragen der Kommunalpolitik sowie ein Meinungsbild zur Stadt Bornheim und der Arbeit der Stadtverwaltung ergeben. Außerdem soll die Arbeit im Rathaus regelmäßig durch Kundenbefragungen getestet und die Mitarbeiter daraufhin geschult werden.
- Die Stadt Bornheim veranstaltet einmal pro Jahr einen „Tag des Ehrenamts“ mit einem umfangreichen Kultur-, Sport- und Freizeitprogramm für ehrenamtlich tätige Menschen. Die Kosten der Veranstaltung sollen über Sponsoren bzw. gespendete Gagen der Künstler gedeckt werden.
- Im Rahmen des Tags des Ehrenamts wird ein „Ehrenamtspreis“ für vorbildliches bürgerschaftliches Engagement verliehen.

Mehr Einnahmen durch Wachstum, klare Strukturen für Verwaltung und Betriebe

- Das Wachstum der Gewerbe- und Wohnflächen soll im Rahmen des gültigen Flächennutzungsplans deutlich an Geschwindigkeit zunehmen. Mehr Einwohner und Betriebe garantieren der Stadt Bornheim mehr Einnahmen an Steuern und Zuweisungen, so dass auf die geplanten Steuererhöhungen verzichtet werden kann.
- Obergrenze für die Entwicklung der Einwohnerzahl sind 60.000 Einwohner. Die Verdichtung von zentralen Bereichen der Stadt muss Priorität vor weiterem Flächenverbrauch haben. Die Stadt soll vor allem entlang der Verkehrsachsen und in den Zentren wachsen. Zusätzliche Infrastrukturkosten sollen somit vermieden und die vorhandene Infrastruktur besser ausgelastet werden.
- Neben einer Erweiterung der Gewerbeflächen in Sechtem und Bornheim-Süd soll es auch Angebote für Gründer geben. Die WFG soll ein Gründerzentrum errichten, in dem junge Unternehmen zu günstigen Konditionen Flächen und Büros mieten können sowie Beratung erhalten. Nach erfolgreicher Gründungsphase können diese Unternehmen in die Gewerbegebiete der Stadt ausgesiedelt werden.
- Der Stadtbetrieb Bornheim AöR soll sich künftig auf hoheitliche Aufgaben wie die Abwasserbeseitigung und Friedhöfe beschränken. Sollte der Stadtbetrieb private Aufgaben wahrnehmen, muss er nachweisen, dass er diese wirtschaftlicher und bürgerfreundlicher als die Privatwirtschaft erledigen kann.

- Eine zu gründenden Stadtwerke Bornheim GmbH befasst sich mit den Bereichen: Strom- und Gasnetz, Wasserversorgung, ÖPNV, Parkraum sowie Hallenfreizeitbad und Rheinhalle. Mit den Gewinnen aus Betriebsteilen wie Netze und Wasser sollen andere Projekte gegenfinanziert werden.
- Grundsätzlich ist es denkbar, dass die Stadtwerke auch im Bereich Strom- und Gaserzeugung und –Vertrieb tätig werden. Einen Einstieg in diese Tätigkeiten werden wir jedoch besonders kritisch prüfen. Das Risiko für die Stadt muss möglichst minimiert werden und der Ertrag aus diesem Geschäft seriös zu kalkulieren sein. Ein Bornheimer Stadtwerk kann diese Projekt unmöglich allein stemmen und muss sich daher externen Partner bedienen, um in diesen Bereich einzusteigen.
- Alle städtischen Aufgaben werden einer ehrlichen Aufgabenkritik unterzogen: Geprüft wird, ob die Aufgabe zwingend durch die Stadt erledigt werden muss oder ob sie aufgegeben bzw. durch andere Städte oder Behörden erledigt werden kann. Gleichermaßen kann die Stadt auch durch die Übernahme von Aufgaben für andere Kommunen ihre Ressourcen besser auslasten.
- Die Führungsstruktur der Stadtverwaltung soll gestrafft werden. Die Zahl der Fachbereiche und Leitungsfunktionen in der Stadtverwaltung wird reduziert.
- Ausschreibungen und Vergaben der Stadt sollen durch einen Ausschuss stärker im Vorfeld demokratisch kontrolliert werden.

Mehr Qualität in der Bildung

- Die finanzielle Priorität der Stadt muss auf Schulen, Kindergärten, Spielplätzen und Jugendangeboten liegen. Investitionen und Bautätigkeit sollen vorwiegend in diesem Bereich stattfinden.
- Es sollen weitere Kindergärten zu Familienzentren ausgebaut werden.
- Die Betreuungsangebote im U3- und Ü3-Bereich sollen flexibler werden, um den Bedürfnissen der Familien stärker entgegen zu kommen. Dazu gehören vor allem erweiterte Öffnungszeiten, die Verfügbarkeit von kleinen Stundenkontingenten und die Förderung von Tagesmüttern.
- Wir fördern die Gründung von Betriebskindergärten. Sie bieten häufig eine besonders hohe Bildungsqualität und flexible Öffnungszeiten. Für Unternehmen sind sie ein Vorteil im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und sie helfen der Kommune, schneller für jedes Kind einen Platz zu schaffen.
- Langfristig will die FDP alle Bildungsangebote im vorschulischen Bereich beitragsfrei anbieten. Allerdings haben für uns der Ausbau der Plätze und eine höhere Qualität

des Bildungsangebots Vorrang. Erst wenn jedes Kind einen Platz hat, an dem es optimal gefördert wird, wollen wir schrittweise die Beiträge senken und schließlich ganz abschaffen.

- Die Container-Lösungen und Kompromisse wegen des U3-Ausbaus müssen so bald wie möglich in reguläre Angebote überführt werden.
- Die Erzieherinnen in den Kitas sollen durch hauswirtschaftliche Hilfskräfte entlastet werden.
- Schulen und Kindergärten sollen möglichst viel Eigenverantwortung genießen und nur wenige bürokratische Arbeit mit der Stadtverwaltung haben.
- Die FDP setzt sich dafür ein, den weiterführenden Schulen die Möglichkeit zu eröffnen, in eigener Entscheidung moderne Unterrichtsmaterialien wie Whiteboards und Tablets anzuschaffen. Medienkompetenz und der Umgang mit modernen Arbeitstechniken müssen schon in der Schule gelernt werden.
- Der Offene Ganzttag in der Grundschule (OGS) wird zunehmend zur Regel. Umso wichtiger ist eine weitere Steigerung der Qualität seiner Bildungsangebote. Dies können wir erreichen, wenn die Schulen sich noch stärker als bisher mit den örtlichen Vereinen vernetzen und bürgerschaftliches Engagement, etwa von Senioren, unbürokratisch in das OGS-Leben integrieren. Die Offene Ganzttagsschule bekommt aber immer noch zu wenig Geld vom Land, um den Qualitätsstandard zu erreichen, den Eltern und Kindern zu Recht erwarten. Deswegen werden wir auch kommunales Geld in die Hand nehmen, um hier in die Zukunft unserer Stadt zu investieren.
- Die Stadt ermöglicht Unternehmen eine Kooperation mit den weiterführenden Schulen, um Schülern möglichst früh die Praxis in verschiedenen Berufsbildern näher zu bringen.
- Inklusion in Bornheim darf nicht zulasten der Regelschulen gehen, sondern muss als Prozess behutsam gestaltet werden. Die Landesregierung ist in der Pflicht, inklusive Angebote mit zusätzlichem Lehrpersonal und Finanzhilfen zu unterstützen. Inklusion im Schulbereich kann erst dann flächendeckend stattfinden, wenn die Finanzierung durch das Land sichergestellt ist. Gleichzeitig soll Inklusion in Bornheim auch über die Schule hinaus gedacht werden. Notwendig ist ein langfristiger Entwicklungsplan, der im Einvernehmen mit Schulen, Kindergärten, Eltern und weiteren Einrichtungen (Feuerwehr, Sportvereine, Kultur, Kirchen,...) erstellt wird. Die FDP bekennt sich darüber hinaus klar zur Arbeit der Förderschule und tritt für ihren Erhalt ein, um in Bornheim ein vielfältiges Angebot für Kinder mit Förderbedarf zu bewahren.
- Ein Musik-Kindergarten und eine Musik-Grundschule ergänzen das Bildungsangebot der Stadt Bornheim in Kooperation mit der Musikschule.

- Das offene Ganztagsangebot in den Bornheimer Schulen soll pädagogisch aufgewertet werden. Im Mittelpunkt soll nicht die „Verwahrung“, sondern die sinnvolle Gestaltung des Tages liegen. Weitere Kooperationen mit Sport- und Kultureinrichtungen, Hilfsorganisationen, dem Jugendamt und der Einsatz pädagogisch qualifizierten Personals ist notwendig.
- An möglichst allen Schulen soll es die Wahlfreiheit zwischen gebundenem Ganztags und gebundenem Halbtags geben.
- Eine Kooperation mit der Begabtenförderung Wesseling soll hochbegabte Kinder bei der Entwicklung ihrer Talente fördern und fordern.
- Alle neuen Kinder in der Stadt Bornheim (Geburt oder Zuzug) erhalten ein von Sponsoren finanziertes Willkommenspaket mit Informationen und Gutscheinen für Hallenfreizeitbad, Musikschule, Bibliothek, Sportangebote etc.

Mehr Attraktivität durch Stadtentwicklung, mehr Investitionen in das Vermögen der Stadt, mehr Engagement für das Zentrum

- Die Landschaft in Bornheim soll vor großflächigen Abgrabungen und Windparks so gut es geht geschützt werden.
- Einer der bestehenden oder künftigen Kiesabbau-Seen soll als Badesees nutzbar gemacht werden.
- Außerdem soll geprüft werden, ob das Herseler Werth mit Rücksicht auf bestehende Arten und den Naturschutz zumindest teilweise zugänglich gemacht werden kann. Denkbar ist zum Beispiel ein Natur-Lehrpfad. Wir sprechen uns klar dafür aus, dass die Fläche Bornheims im Einklang zwischen Mensch und Natur zugänglich gemacht werden muss und es keine „Tabu-Zonen“ für Menschen gibt, wenn dies nicht zwingend notwendig ist.
- Bornheim soll sich touristisch mit den Schwerpunkten „Fahrradverkehr“, „Nähe zu den Großstädten Köln und Bonn“ und „Landwirtschaft“ entwickeln. Dazu ist sowohl eine Verbesserung der Radwege als auch eine Fokussierung der Hotellerie und Gastronomie auf diese Bereiche notwendig. Wir begrüßen Kooperationen mit Köln als Messestadt und Bonn als „Beethovenstadt“ im Zusammenhang mit einem möglichen neuen Festspielhaus.
- Bei der Entwicklung neuer Baugebiete ist architektonische Vielfalt wichtig. Zudem ist eine gesunde Mischung unterschiedlicher Wohnformen anzustreben, um den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden.

- Neben dem Bornheimer Zentrum entlang der Königsstraße zwischen Apostelpfad und Aeltersgasse sowie im direkten Umfeld der Königstraße sollen auch die Nahversorgungszentren Walberberg, Merten, Waldorf, Sechtem, Roisdorf und Hersel so attraktiv sein, dass sie den Bedarf der örtlichen Bevölkerung sichern und zur Lebensqualität vor Ort beitragen.
- In allen Ortschaften unterstützt die Stadt Bornheim die lokale Infrastruktur, indem einfache städtische Dienstleistungen vor Ort angeboten werden. Es wird geprüft, ob eine „Rollende Verwaltung“ für ältere und nicht mobile Bürger überall dort angeboten wird, wo es für die Stadtverwaltung durch ein festes Angebot nicht möglich ist.
- Im ÖPNV soll es eine Taktverdichtung auf den Linien 16 und 18 in Stoßzeiten sowie am Wochenende und in der Nacht geben, einen zusätzlichen Halt der Linie 18 in Bornheim-Nord und eine dritte Regionalbahn-Verbindung auf der DB-Strecke. Die Linie 18 könnte in Brühl Mitte getrennt werden, um Verspätungen durch den langen Linienlauf zu verhindern. Der Bahnhof Roisdorf muss dringend modernisiert werden. Das Busnetz soll neu geordnet und durch ein Stadtbus-System der Stadtwerke ergänzt werden (Vorbild: Rheinbacher Stadthüpfer). Außerdem muss das Angebot des Anruf-Sammel-Taxis dringend überarbeitet, erweitert und verbessert werden.
- Schnelles Internet gehört heutzutage zum Standard einer modernen Stadt. Das gesamte Gebiet der Stadt Bornheim soll daher mittelfristig über LTE-Funktechnologie erschlossen werden. Kurzfristig muss sich die Stadt für einen 100-prozentigen Ausbau des DSL-Netzes einsetzen. Alternativ ist ein weiterer Glasfaser-Ausbau denkbar.
- Bei den Straßen und Gebäuden der Stadt Bornheim muss deutlich mehr in die Unterhaltung investiert werden, damit der Bestand und das Vermögen der Stadt in einem guten Zustand bleibt und langfristig teure Neubau-Maßnahmen erspart bleiben.
- Eine verpflichtende Dichtheitsprüfung für private Kanalanschlüsse lehnen wir ab.
- Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wollen wir durch eine schlagkräftige Freiwillige Feuerwehr sowie einen städtischen Ordnungsdienst erreichen. Der Ordnungsdienst soll nicht nur für seine bisherigen Aufgaben (z.B. Verkehrsüberwachung) zuständig sein, sondern auch in Zusammenarbeit mit der Polizei gezielt Angsträume überwachen, Ordnungswidrigkeiten ahnden (z.B. Ruhestörungen) und bei Veranstaltungen im Stadtgebiet (Maifeste, Karneval, große Sportveranstaltungen) Ansprechpartner vor Ort sein.
- Das „integrierte Handlungskonzept“ aus dem Jahr 2003 ist mittlerweile überholt. Bornheim braucht für das Zentrum neue Ideen, um Parkflächen, Verkehr und Gewerbeflächen sowie das Stadtbild zu gestalten. Ein neuer „Masterplan Zentrum“

soll das Gewerbe stärken, das Zentrum attraktiv machen, den Verkehr sinnvoll leiten und letztendlich den dringend benötigten Schulterchluss zwischen Betroffenen, Politik und Verwaltung herbeiführen.

- Die Königstraße soll zu einer verkehrsberuhigten Zweibahnstraße ausgebaut werden, der Peter-Fryns-Platz als Platz mit Aufenthaltsqualität unter Beibehaltung einer vertraglichen Zahl von Parkplätzen neu gestaltet werden.
- Das fiktive Doppelzentrum Bornheim/Reisdorf ist aus dem Zentrenkonzept der Stadt Bornheim zu streichen. Allein der Ort Bornheim muss als Zentrum der Stadt Bornheim angesehen und dazu ausgebaut werden.
- Die Stadt leistet ihren Beitrag für ein lebendiges Zentrum, indem sie Bürgerbüro und Infocenter in die Innenstadt verlagert.
- Die Förderung des Bornheimer Zentrums sowie der Nahversorgungszentren wird nicht mehr allein als Aufgabe der Gewerbevereine betrachtet, sondern auch durch die Wirtschaftsförderung der Stadt Bornheim noch aktiver unterstützt. Hierzu zählt vor allem die Unterstützung bei Veranstaltungen.
- Das alte Bürgermeisteramt wird für Stadtmuseum, Archiv und Außenstelle des Standesamtes umgestaltet. Der Kindergarten wird im nördlichen Teil von Bornheim neu gebaut. Das Jugendzentrum soll gemeinsam mit dem Jugendamt in einen städtischen Neubau in der Nähe des Rathauses ziehen.
- Wenn die Feuerwehr gemeinsam mit dem Rettungsdienst in das Rettungszentrum Hellenkreuz umgezogen ist, kann die Fläche des Gerätehauses als Parkplatz/Parkhaus für die Innenstadt oder für weiteren Einzelhandel hergerichtet werden.